

## Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 33. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 30. August 2012

### 1. Abgeordnete

**Benedikt Oster,  
Kathrin Anklam-Trapp  
und Dr. Tanja Machalet  
(SPD)**

### Jugendarbeitslosigkeit

Nach Auswertungen der Statistikbehörde Eurostat sind in keinem anderen EU-Land weniger junge Menschen ohne Job als in Deutschland. Im Juni waren in Deutschland 350 000 Menschen zwischen 15 und 24 Jahren arbeitslos, das sind 7,9 Prozent der Altersgruppe.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Aussagen sind hinsichtlich der Jugendarbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz zu machen?
2. Welche Entwicklung ist erkennbar?
3. Wie hoch ist nach Kenntnis der Landesregierung die Jugendarbeitslosigkeit in anderen Bundesländern?
4. Welche Maßnahmen werden seitens der Landesregierung unternommen, die Jugendarbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz zu reduzieren?

### 2. Abgeordnete

**Bettina Dickes,  
Brgitte Hayn und  
Gerd Schreiner (CDU)**

### Sorge um die Zukunft der landesgeschichtlich bedeutenden Klosterruine Disibodenberg und um die vom Land gezahlten Fördergelder

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche konkreten Schritte in Sachen Disibodenberg hat die Landesregierung unternommen, nachdem die Verbandsgemeinde Bad Sobernheim im Mai 2011 Kulturministerin Ahnen um Hilfe bat?
2. Wann, durch wen und in welcher Form sind Kulturstaatssekretär Walter Schumacher und Kulturministerin Doris Ahnen über die Rückübertragung der Eigentumsverhältnisse am Disibodenberg (Grundstück mit Besucherzentrum) unterrichtet worden?
3. Hat die Landesregierung die Rechtmäßigkeit der Rückübertragung prüfen lassen?
4. Welche Anstrengungen unternimmt derzeit die Landesregierung, um die gezahlten Fördergelder vom jetzigen Eigentümer zurückzuerlangen?

### 3. Abgeordnete

**Jutta Blatzheim-Roegler  
und Ulrich Steinbach  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### Tourismusstrategie 2015

Am 27. August stellte die Landesregierung die neue Tourismusstrategie 2015 der Öffentlichkeit vor. Der Tourismus ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für unser Land und von großer Bedeutung gerade auch für die Entwicklung im ländlichen Raum.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Warum war aus Sicht der Landesregierung eine Überarbeitung der 2008 verabschiedeten Tourismusstrategie 2015 erforderlich und was sind die wesentlichen Änderungen?
2. Welches sind die Schwerpunkte der neuen Strategie?
3. Wie stellt sich die Landesregierung die Finanzierung der touristischen Aufgaben in Zukunft vor – vor allem vor dem Hintergrund der aktuellen finanziellen Situation vieler Kommunen?
4. Wie plant die Landesregierung die weitere Entwicklung barrierefreier touristischer Angebote?

**4. Abgeordneter****Dr. Norbert Mittrücker**  
(CDU)**Sorge vor steigenden Energiepreisen**

Ich frage die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die deutlichen Warnungen der deutschen Textilindustrie vor zu hohen Energiepreisen für den Industriestandort Deutschland?
2. Wie hat sich in den vergangenen zwei Jahren die Zahl der rheinland-pfälzischen Haushalte entwickelt, die nicht mehr in der Lage waren, die Kosten für Strom und Heizung zu bezahlen?
3. Welche Kosten für Strom und Heizung für die Landesverwaltung sind 2010, 2011 und 2012 (bisheriger Trend) aus dem Haushalt bezahlt worden?
4. Welche Kosten für Strom und Wärmeerzeugung hält die Landesregierung aus heutiger Sicht für notwendig und zumutbar mit Blick auf den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz und für private Haushalte mit geringeren Einkommen?

**5. Abgeordnete****Astrid Schmitt,  
Bettina Brück,  
Benedikt Oster,  
Malu Dreyer und  
Ingeborg Sahler-Fesel**  
(SPD)**Aktuelle Fragestellungen der Wasserschifffahrt in Rheinland-Pfalz**

Das Zurückstellen der Instandsetzung der Moselschleusen durch den Bundesverkehrsminister aufgrund von Geldmangel ist in der betroffenen Region auf breite Ablehnung gestoßen. Parallel dazu widersprechen sich die Meldungen über die vorgesehenen Veränderungen bei den Wasser- und Schifffahrtsdirektionen in ihren Aussagen über die voraussichtlichen Auswirkungen für Standorte und Mitarbeiter.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie erklärt sich die Landesregierung den Widerspruch zwischen der Einstufung der Mosel in die höchste Wasserstraßenkategorie mit Ausbaupriorität einerseits und der Zurückstellung des Moselschleusenausbaus durch den Bundesverkehrsminister andererseits?
2. Welche Chancen sieht die Landesregierung dafür, dass trotz der Zurückstellung die dringend notwendigen Baumaßnahmen zur durchgängigen Befahrbarkeit der Mosel mit zwei Kammern in Angriff genommen werden können?
3. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung zu den bisher bekannt gewordenen Überlegungen des Bundes für eine Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung?
4. Welche Auswirkungen dieser Reform auf Standorte und Beschäftigte in Rheinland-Pfalz erwartet die Landesregierung?

**6. Abgeordneter****Alexander Licht (CDU)****Kosten der fehlgeschlagenen Finanzierung in der Schweiz**

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Institutionen, Kanzleien, Firmen waren im Namen oder im Auftrag der Nürburgring GmbH, im Namen oder im Auftrag des Landes Rheinland-Pfalz zu welchem Zeitpunkt in der Schweiz, um die Finanzierung des Nürburgringprojektes zu sichern?
2. Mit welchen Banken, mit welchen Investoren (Personen bzw. Gruppen) wurden dabei Absichtserklärungen oder gar Verträge in welcher Höhe unterzeichnet?

**7. Abgeordneter****Nils Wiechmann**

(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Zukunft der Fanprojekte**

Die vergangene Saison der Fußballbundesliga war überschattet von gewalttätigen Ausschreitungen in Stadien und auf den An- und Abreisewegen sowohl im Profifußball als auch im Amateurbereich. Bereits im Jahr 1991 wurde auf Beschluss der Innenministerkonferenz (IMK) das Nationale Konzept Sicherheit und Sport (NKSS) entwickelt und seither regelmäßig im Dialog zwischen den Sicherheitsbehörden und den Verantwortlichen im Fußball fortgeschrieben. Ein maßgeblicher Baustein im Sicherheitskonzept sind die Fanprojekte und ihre präventive Arbeit vor Ort. Am Beispiel des Fanprojektes Kaiserslautern zeigt sich, dass die Finanzierung der wichtigen Fanprojekte nicht gesichert ist.

Die IMK hat sich in ihrer Frühjahrssitzung dafür ausgesprochen, dass Standards für Fanprojekte festgelegt und diese verpflichtend in den ersten drei Ligen eingeführt werden. Es wurde weiter gefordert, dass der Fußball, vor dem Hintergrund der enormen Einnahmesteigerung durch den Verkauf der Fußballrechte, sein finanzielles Engagement deutlich erhöht und dass die so freigesetzten Mittel z. B. für bedarfsorientierte Projekte im Amateurfußball und die Stärkung der Fanarbeit eingesetzt werden können.

Daher frage ich die Landesregierung:

1. Wie schätzt die Landesregierung die Arbeit der Fanprojekte ein?
2. Wie sehen die derzeitigen Regelungen zur Finanzierung der Fanprojekte aus?
3. Welchen Stand haben die Verhandlungen der IMK mit DFB und DFL?
4. Welche weiteren, insbesondere präventiven Maßnahmen sieht die Landesregierung als notwendig an, um dem Phänomen der gewalttätigen Auseinandersetzungen im Fußball zu begegnen?

**8. Abgeordnete****Kathrin Anklam-Trapp,****Peter Wilhelm Dröscher****und Dr. Tanja Machalet**

(SPD)

**Künftiger Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung**

Nachdem sich CDU, CSU und FDP auf Bundesebene über Monate nicht auf ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Altersarmut verständigen konnten und zuletzt von Frau Bundesministerin von der Leyen der Vorschlag einer sog. Zuschussrente mit einer allgemeinen Beitragssatzsenkung in der gesetzlichen Rentenversicherung und einer Abschaffung der Praxisgebühr verknüpft worden war, hat Frau von der Leyen vor wenigen Tagen den Referentenentwurf eines Gesetzes zur Festsetzung der Beitragssätze in der gesetzlichen Rentenversicherung für das Jahr 2013 vorgelegt. Dieser sieht eine Senkung des Beitragssatzes von derzeit 19,6 auf 19,0 Prozent vor.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Absicht der Bundesarbeitsministerin, den allgemeinen Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung zum 1. Januar 2013 zu senken?
2. Wie beurteilt die Landesregierung Forderungen und Konzepte, anstelle einer Senkung des Beitragssatzes die Nachhaltigkeitsrücklage der Rentenversicherung zu erhalten bzw. diese weiter aufzubauen, um künftige Beitragssatzsprünge zu vermeiden, die Rentenversicherung demografiefester zu gestalten sowie Handlungsspielräume für die Bekämpfung von Altersarmut, für eine Verbesserung der Erwerbsminderungsrente, für eine Anhebung des Budgets für Reha-Leistungen und für eine Neugestaltung bzw. Abschaffung der Rente mit 67 zu erhalten?
3. Wie wirkt sich die von der Bundesregierung im Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 2013 vorgesehene Kürzung des allgemeinen Bundeszuschusses an die Deutsche Rentenversicherung in den Jahren 2013 bis 2016 um insgesamt 4,75 Mrd. Euro nach Einschätzung der Landesregierung auf den Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung aus?

- 9. Abgeordnete**  
Hedi Thelen und  
Adolf Kessel (CDU)
- Haltung der Landesregierung zur Rentenpolitik**  
Wir fragen die Landesregierung:
1. Welche Haltung vertritt die Landesregierung zu der Forderung, das Rentenniveau der gesetzlichen Alterssicherung einzufrieren, statt es wie geplant deutlich abzusenken (so sollen es die Vorsitzenden der vier wichtigsten Arbeitsgemeinschaften der SPD in einer gemeinsamen Initiative fordern)?
  2. Welche Haltung vertritt die Landesregierung zu der Forderung, die gesetzliche Lebensarbeitszeitbegrenzung abzuschaffen (das wurde jetzt vom früheren SPD-Wirtschaftsminister Clement gefordert)?
  3. Welche Vorschläge wird Sozialministerin Dreyer in das angekündigte sozialdemokratische Rentenkonzept einbringen?
- 10. Abgeordneter**  
Josef Dötsch (CDU)
- Entwicklung des Güterbahnverkehrs im Rheintal**  
Ich frage die Landesregierung:
1. In welchem Zeitraum ist nach Einschätzung der Landesregierung mit der Fertigstellung der im Bau befindlichen oder geplanten transalpinen Bahntunnel in der Schweiz und der möglichen Bahnanbindung des Hafens Antwerpen an die Rheinschiene zu rechnen?
  2. Welche Auswirkungen auf die Ausschöpfung der Kapazität der Bahntrassen durch das Rheintal in Rheinland-Pfalz und die Entwicklung des Bahnlärms sind nach Einschätzung der Landesregierung daraus zu erwarten?
  3. Welche Maßnahmen hält die Landesregierung für erforderlich und einigermaßen rechtzeitig realisierbar, um solchen Entwicklungen gerecht zu werden?
  4. Welchen Beitrag kann die Landesregierung dazu leisten, solche notwendigen Maßnahmen umzusetzen?
- 11. Abgeordnete**  
Astrid Schmitt und  
Alexander Fuhr (SPD)
- B 10**  
Medienberichten zufolge hat der Generalsekretär der Bundes-CDU bei einem Besuch in der Südwestpfalz erklärt, die Bundesregierung habe das notwendige Geld für den Bau der B 10 zur Verfügung gestellt.  
Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:
1. Wurde der Landesregierung das notwendige Geld für den Bau der B 10 zur Verfügung gestellt?
  2. Wenn nein, hat der Bund gegenüber der Landesregierung signalisiert, dass er in Kürze das Geld für den vierspurigen Ausbau der B 10 zur Verfügung stellen wird?
- 12. Abgeordneter**  
Dr. Dr. Rahim Schmidt  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Organspende in Rheinland-Pfalz**  
In den letzten Monaten sind vermehrt Unregelmäßigkeiten bei der Transplantationspraxis in deutschen Kliniken bekannt geworden.  
Seit dem 1. August 2012 ist die vom Deutschen Bundestag beschlossene Änderung des Transplantationsgesetzes in Kraft.  
Über die Organvergabe bestimmen Ärzte und als Koordinierungsstelle nach § 11 TPG die Deutsche Stiftung Organtransplantation.  
Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:
1. Wie beurteilt die Landesregierung die Vorkommnisse in Göttingen und Regensburg aus gesundheitspolitischer Sicht?
  2. Welche Strukturen verhindern in Rheinland-Pfalz solche oder ähnliche Manipulationen?
  3. Inwiefern kann das gerade geänderte Transplantationsgesetz des Bundes präventiv wirken?
  4. Sieht die Landesregierung die Notwendigkeit, die bestehende Verantwortungsstruktur grundsätzlich zu ändern, insbesondere dahingehend, die Verantwortung von der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen stärker auf demokratisch legitimierte, behördlich verantwortete Stellen zu übertragen?

13. Abgeordneter  
Christian Baldauf  
(CDU)

#### Erwerb von Opel-Fahrzeugen durch das Land Rheinland-Pfalz

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Fahrzeuge aus der Produktion der Adam Opel AG hat das Land Rheinland-Pfalz in den letzten fünf Jahren erworben?
2. Welcher Anteil an den in diesem Zeitraum vom Land insgesamt erworbenen Fahrzeugen ergibt sich daraus?
3. Welche gesetzlichen Vorgaben und Regeln für den Erwerb von Fahrzeugen durch das Land sind zu beachten?
4. Welche rechtlichen Möglichkeiten bestehen nach Einschätzung der Landesregierung für den bevorzugten Erwerb von Fahrzeugen eines bestimmten Herstellers durch das Land?

14. Abgeordneter  
Alexander Licht (CDU)

#### Baumängel im Nürburgringprojekt

Anfang des Jahres wurde den Mitgliedern des Innenausschusses auf Antrag der CDU ein Baumängelbericht vorgelegt und auf erneuten Antrag der CDU eine Forschriftung dieses Berichtes vor wenigen Wochen. Die Berichte wurden in Gänze vertraulich hinterlegt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Mängel waren noch nach dem im Pachtvertrag genannten Datum mit Auswirkung einer Pachtminderung nicht beseitigt?
2. Welche Mängel aus TÜV-Prüfungen waren im ersten Bericht noch nicht beseitigt?
3. Welche Schäden sind bisher durch Schimmelbefall in welchen Objekten und mit welcher Auswirkung festgestellt?

15. Abgeordnete  
Jutta Blatzheim-Roegler  
und Daniel Köbler  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Lärmschutzmaßnahmen an Autobahnen

Durch den zunehmenden Straßenverkehr besteht ein erhöhter und berechtigter Bedarf für zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen. An Bundesautobahnen lindern unter anderem Lärmschutzwände einen Teil der Belastungen für Anwohnerinnen und Anwohner.

Die bisherige Förderpraxis des Bundes sieht vor, lediglich an neuen Fernstraßen bzw. bei umfangreichen Ausbaumaßnahmen Lärmschutzmaßnahmen zu unterstützen. Sogenannte 4+2-Lösungen, bei denen der Standstreifen (temporär) genutzt wird, gelten bislang nicht als förderfähig, da seitens des Bundes mit einem späteren generellen Ausbau auf sechs Fahrspuren und weiteren Baumaßnahmen gerechnet wird.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Rechtslage hinsichtlich der Förderfähigkeit für Lärmschutzmaßnahmen bei sogenannten 4+2-Lösungen?
2. Welche Autobahnabschnitte sind in Rheinland-Pfalz derzeit zur Umsetzung auf 4+2-Lösungen umgesetzt bzw. geplant?
3. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung aus anderen Bundesländern bei der Umsetzung von 4+2-Lösungen hinsichtlich der Förderung von Lärmschutzmaßnahmen durch den Bund vor?
4. Welche Anstrengungen unternimmt die Landesregierung, um auf den Bund einzuwirken, künftig Lärmschutzmaßnahmen bei 4+2-Lösungen zu finanzieren?

16. Abgeordneter  
Dr. Peter Enders (CDU)

#### Lieferengpässe an Krankenhausapotheken

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über aktuelle Lieferengpässe an Krankenhausapotheken in Rheinland-Pfalz?
2. Welche Medikamente sind insbesondere betroffen?
3. Welche Auswirkungen hat das für die Behandlung der Patientinnen und Patienten?
4. Welche Initiativen werden zur Abstellung der Engpässe mit welchen Ergebnissen ergriffen?

**17. Abgeordneter**  
**Christian Baldauf (CDU)**

**„Welcome Center“ für Neubürger und ausländische Fachkräfte**

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Erfahrungen mit dem „Hamburg Welcome Center“, bei dem sich Neubürger und ausländische Fachkräfte aus einer Hand über alle für sie wichtigen Angelegenheiten (z. B. zum Arbeiten und Wohnen, zu Schule, Studium und Kinderbetreuung, zum öffentlichen Nahverkehr und Gesundheitswesen, zu Aufenthaltstiteln und Sprachkursen in Hamburg) informieren können?
2. Hält die Landesregierung ein ähnliches Modell in Rheinland-Pfalz für sinnvoll; falls nein, warum nicht?
3. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung für die Anwerbung ausländischer Fachkräfte bisher ergriffen?
4. Welche Maßnahmen wird die Landesregierung für die Anwerbung ausländischer Fachkräfte noch ergreifen?

**18. Abgeordnete**  
**Jutta Blatzheim-Roegler**  
**und Dr. Fred Konrad**  
**(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Einstieghilfen für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer im Bahnverkehr**

Die Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen im Bahnverkehr sind zurzeit immer noch eingeschränkt. Barrierefreie Zugangsmöglichkeiten zu den Zügen sowie ggf. Hilfen bei Umstiegen und Ankunft sind nicht durchgängig gegeben.

Rollstuhlfahrerinnen und -fahrer benötigen im Bahnverkehr Einstieghilfen in Fernzügen und teilweise auch in Zügen des Nahverkehrs.

Teilweise tritt unseres Wissens nach das zuständige Servicepersonal der Bahn zur Unterstützung von Rollstuhlfahrerinnen und -fahrer den Dienst erst ab 8.00 Uhr an, obwohl die Hauptverkehrszeit der Bahn zwischen 6.00 Uhr und 9.00 Uhr und am Nachmittag und frühen Abend liegt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele Mittel stehen im Doppelhaushalt 2012/2013 zur barrierefreien Umrüstung von Bahnsteigen in Rheinland-Pfalz zur Verfügung?
2. Welche Bahnhöfe sind im Einzelnen für den Ausbau eines barrierefreien Zustiegs in den Jahren 2012/2013 vorgesehen?
3. Ist der Landesregierung bekannt, bis wann voraussichtlich mit der durchgehenden barrierefreien Ausgestaltung von Bahnhöfen in Rheinland-Pfalz zu rechnen ist?
4. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über die tatsächlichen Bedingungen, unter denen Rollstuhlfahrerinnen und -fahrer Hilfe durch das Servicepersonal der DB erhalten können, vor?

**19. Abgeordneter**  
**Hans-Josef Bracht (CDU)**

**Nachwuchs für die Landesverwaltung**

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche bisher erkennbaren Auswirkungen hat nach Einschätzung der Landesregierung die demografische Entwicklung für die Gewinnung von Nachwuchskräften für die Verwaltung des Landes?
2. Von welchen künftigen Auswirkungen der demografischen Entwicklung für die Gewinnung von Nachwuchskräften für die Landesverwaltung geht die Landesregierung aus?
3. Wie schätzt die Landesregierung bei knapper werdendem Angebot an Arbeitskräften die Notwendigkeit ein, zur Privatwirtschaft konkurrenzfähige Einkommen und Aufstiegschancen anbieten zu müssen, um Nachwuchs für die Landesverwaltung zu gewinnen?
4. Bei welchen fachlichen Qualifikationen und Funktionen wird nach Einschätzung der Landesregierung die Konkurrenz zur Privatwirtschaft für die Landesverwaltung besonders schwierig werden?